

## Vorübergehende Konjunkturbelebung im Jahr 2006

Die wirtschaftliche Dynamik wird in diesem Jahr voraussichtlich durch die positive Entwicklung der Investitionen gekennzeichnet sein. Auch der private Konsum dürfte zunehmen. Allerdings reicht dies nicht aus, den Arbeitsmarkt merklich zu entlasten. Hinzu kommt, dass die geplanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Konjunktur im Jahr 2006 zwar tendenziell beleben, im Jahr 2007 jedoch eher belasten werden.

Die Meldung des Statistischen Bundesamtes über die Entwicklung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vierten Quartal 2005 zeigt im Vergleich zum Vorquartal kalender- und saisonbereinigt keine Veränderung. Wird die nicht bereinigte Veränderung zum Vorjahresquartal betrachtet, dann er-

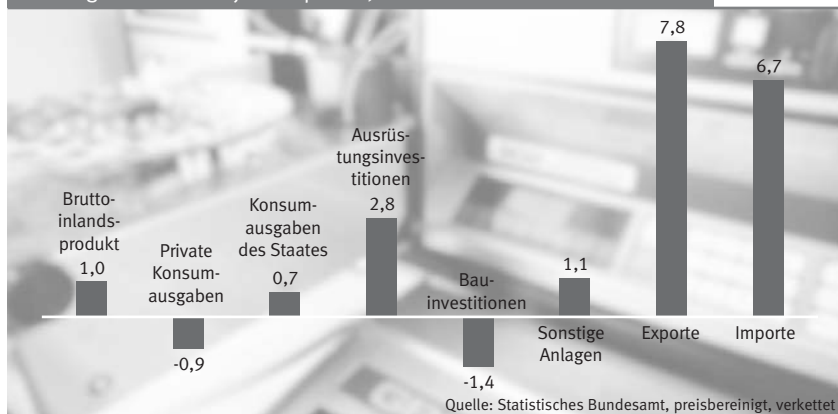
und dritten Quartal hatte sich dagegen die Hoffnung auf eine Belebung des Konsums ergeben, da die Veränderungsdaten positiv waren. Ein gegenläufiger Impuls zur Konsumaktivität ging vom Außenhandel aus. Wieder haben die Exporte stärker zugenommen als die Importe, so dass der Wachstumsbeitrag

ziert, die ca. doppelt so hoch ausfällt wie die Rate im Jahr 2005. Allerdings weisen die Werte eine Spannweite auf, die von 1,5 v.H. (HWWI, IfW, Commerzbank) bis 2,0 v.H. (Allianz) reicht. Die ZEW Konjunkturerwartungen stützen diese Aussichten. Der Indikator hat sich im Vergleich zum Vormonat nur leicht um -1,2 Punkte verändert und steht nun bei 69,8 Punkten, einem weit über dem Durchschnitt liegenden Wert, der den Optimismus der Finanzmarktexperten signalisiert.

### Inlandsnachfrage

Die Konjunktur wird sich 2006 auf einen geringfügig zunehmenden privaten Verbrauch stützen können. Im vorigen Jahr hatte dieser stagniert. Besondere Berücksichtigung finden bei den Prognosen die Vorzieheffekte der geplanten Mehrwertsteuererhöhung, die vor allem zum Ende des Jahres eine positive Wirkung entfalten dürften. Zu Jahresbeginn wird die Nachwirkung der vorjährigen

Veränderungsraten volkswirtschaftlicher Eckdaten (4. Quartal 2005 im Vergleich zum Vorjahresquartal)



gibt sich eine Veränderung von 1,0 v.H. (siehe Abb.). Dies ist eine schwächere Zunahme als in den beiden vorangegangenen Quartalen.

Die konjunkturelle Entwicklung im vierten Quartal wurde vor allem durch zwei Einflussgrößen geprägt. Besonders dramatisch war die Entwicklung des privaten Konsums, der mit -0,9 v.H. recht stark zurückgegangen ist. Im zweiten

des Außenbeitrags positiv war. Schwächere, aber auch positive Impulse gingen von den Ausrüstungsinvestitionen und dem staatlichen Konsum aus. Nur die Vorratsveränderungen weisen noch einen ähnlich starken Einfluss auf wie der Außenbeitrag.

Für 2006 wird von den Institutionen eine nicht um Kalendertage bereinigte Veränderungsrate für das reale BIP prognosti-

### IN DIESER AUSGABE

Vorübergehende Belebung der Konjunktur in 2006 .....	1
Die voraussichtliche Lage in der EWU . . . .	3
ZEW-Finanzmarkttest: Ergebnisse der Märzumfrage 2006 .....	4
Konjunkturelle Stabilisierung und erstmals positive Beschäftigungseffekte . .	5
Reformpolitik und die Entwicklung der öffentlichen Haushalte .....	6
Erlauben Tarifverträge eine Anpassung an betriebliche Gewinne? .....	8
Regionen im Standortwettbewerb: Steuerbelastung von Unternehmen .....	10
Die Kommunikationspolitik der EZB . . . .	12

Energiepreiserhöhungen noch spürbar sein, die sich negativ auf den Konsum auswirken. Da jedoch nicht mit durchgreifenden Besserungen auf dem Arbeitsmarkt gerechnet wird, bleibt die Zunahme des privaten Konsums insgesamt zurückhaltend.

Im Gegensatz dazu werden sich die Investitionen voraussichtlich stärker beleben. Mit dem größten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen von 4,0 v.H. rechnet das IfW. Im Bau ist vorerst nur mit einem geringeren Rückgang zu rechnen. Gefördert werden die Investitionen in diesem Jahr durch wirtschaftspolitische Maßnahmen, vor allem durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten. Dem stehen etwas höhere Zinsen als im Jahr 2005 gegenüber, die sich jedoch immer noch auf einem niedrigen Niveau befinden.

Die Entwicklung der Staatsausgaben wird relativ uneinheitlich bewertet. Nur das ifo und die DEKA prognostizieren einen abnehmenden, alle anderen Experten einen zunehmenden staatlichen Konsum. In jedem Fall wird die Veränderung der Staatseinnahmen und -ausgaben nicht dazu führen, dass eine Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Jahr 2006 wahrscheinlich wäre. Die Prognosen für das Finanzierungsdefizit des Staates liegen oberhalb der 3-Prozentgrenze. Die angestrebte Konsolidierung

der Staatsfinanzen, mit der schwerpunktmäßig in 2007 begonnen werden soll, wird dann voraussichtlich zu Belastungen für die Konjunktur führen.

### Arbeitsmarkt

Die Vorhersagen für den Arbeitsmarkt sind von vorsichtigem Optimismus geprägt. Zum einen wird mit einer Zunahme der Erwerbstätigkeit gerechnet, die nach Maßgabe der Experten zwischen 0,1 v.H. (HWW) und 0,8 v.H. (Allianz) liegen dürfte. Diese Entwicklung wird allerdings vor allem durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen – der Zunahme von „Ein-Euro-Jobs“ – hervorgerufen. Bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wird im Jahr 2006, im Gegensatz zum Rückgang im Jahr 2005, mit einer Stagnation oder einer leichten Zunahme gerechnet. Die Einstellungen werden auch deshalb zurückhaltend ausfallen, da im Jahr 2007 wieder mit geringeren konjunkturellen Impulsen gerechnet wird. Dies spiegelt sich in den Prognosen zur Entwicklung der Arbeitslosenquote wieder. Zwar prognostizieren die Experten durchweg einen Rückgang der Arbeitslosigkeit, dieser ist jedoch moderat. Das unterschiedliche Niveau der Prognosen erklärt sich aus den unterschiedlichen Bezugsgrößen bei der Berechnung der Arbeits-

losenquote, zum einen alle zivilen Erwerbspersonen und zum anderen die inländischen Erwerbspersonen.

### Wirtschaftliches Umfeld

Bei der Export- und Importtätigkeit der deutschen Volkswirtschaft deuten die Prognosen nicht auf eine gravierende Veränderung im außenwirtschaftlichen Bereich hin. Weiterhin gehen vom Ausland deutlich positive Impulse auf die deutsche Konjunktur aus. Sowohl für den Export als auch für den Import liegen alle Prognosen über 6 v.H. Das IfW und die Deutsche Bank rechnen mit einer fast identischen Zunahme für die Ein- und Ausfuhr.

Die Inflationsrate wird laut den Vorhersagen wieder auf unter 2 v.H. zurückgehen. Die Europäische Zentralbank hat ihre Wachsamkeit nicht zuletzt aufgrund der reichlichen Liquiditätsausstattung im Eurogebiet erhöht. Eine weitere Anhebung der Zinsen wird von den Experten noch nicht als restriktive Geldpolitik interpretiert.

Da das Investitionsklima wohl weiter günstig bleibt, nicht zuletzt durch die gute Lage der Weltwirtschaft, ergeben sich, in Verbindung mit einem geringfügig anziehenden privaten Konsum, verhalten günstige Aussichten für die Konjunktur 2006.

*Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de*

Tabelle 1: Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2005 und 2006

	Statist. BA	DIW	HWW I	Ifo	IfW	IWH	RWI	Allianz	Commerz- bank	DEKA	Deutsche Bank
	2005	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006	2006
BIP, real	0,9	1,7	1,5	1,7	1,5	1,7	1,6	2,0	1,5	1,7	1,7
Privater Konsum	-0,0	0,3	0,5	0,3	0,4	0,3	0,4	0,8	0,5	1,3	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,5	0,0	-0,3	0,2	0,6	0,3	0,5	-	-0,4	-0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	2,5	2,3	2,9	4,0	2,0	3,6	-	-	2,5	3,5
Exporte	6,3	8,1	7,2	7,4	8,9	6,6	8,2	7,2	7,0	8,2	6,8
Importe	5,3	6,8	6,4	6,0	8,8	5,3	7,6	6,0	6,3	10,0	6,7
Erwerbstätige (in Tsd.)	38.783 -0,2	38.938 0,4	38.821 0,1	39.059 0,6	39.125 0,7	39.037 0,5	39.110 0,7	39.039 0,8	38.800 0,3	38.859 0,2	-
Arbeitslose (in Tsd.)	4.863	-	4.690	4.675	4.609	4.740	4.730	-	4.700	4.668	-
Arbeitslosenquote	11,7 <sup>#</sup> 11,1 <sup>*</sup>	-	10,8 <sup>*</sup>	10,7 <sup>*</sup>	11,2 <sup>#</sup>	10,8 <sup>*</sup>	10,7 <sup>*</sup>	11,2 <sup>#</sup>	11,2 <sup>#</sup>	11,2 <sup>#</sup>	11,4 <sup>#</sup>
Preisindex der Lebenshaltung	2,0	-	1,9	1,7	1,7	2,0	1,9	1,7	1,0	1,5	1,8
Finanzierungsaldo des Staates in v.H. des BIP	-3,5	-	-3,3	-3,2	-3,3	-3,0	-3,2	-3,3	-3,1	-	-3,5

Mit Ausnahme der Arbeitslosenquote und der Anzahl der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen alle Angaben als Veränderung in v.H. gegenüber dem Vorjahr. <sup>#</sup>Arbeitslosenquote gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. <sup>\*</sup>Arbeitslosenquote gemessen an den inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)  
 Quellen: DIW 04.01.2006, HWWI 20.01.06, Ifo 19.12.2006, IfW 08.12.2005, IWH 21.12.2005, RWI Dezember 2005, Allianz 27.01.2006, Commerzbank Februar/März 2006, DEKA, Deutsche Bank 20.12.2005  
 Stand: 22.02.2006

# Die voraussichtliche Lage in der EWU

Mit der ersten Schätzung von Eurostat für die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im vierten Quartal 2005 kann nun die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone im Jahr 2005 insgesamt beurteilt werden. Demnach expandierte das BIP im Eurowährungsgebiet real mit einer Rate von 1,3 v.H. im Vergleich zum Jahr 2004, nach entsprechenden Werten von 2,1 v.H. im Jahr 2004. Im Vergleich dazu dehnte sich die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika mit Veränderungsraten von 3,5 v.H. im Jahr 2005 und 4,2 v.H. im Jahr 2004 aus. Nach einer weltwirtschaftlich gesehen starken Entwicklung im Jahr 2004 ließ die Dynamik in den beiden großen Wirtschaftsräumen Nordamerika und Westeuropa im vergangenen Jahr wieder etwas nach. Allerdings geht der Rückgang der Veränderungsrate in den Vereinigten Staaten von einem höheren Niveau der Veränderungsrate im Vergleich zur Eurozone aus und ist dort dementsprechend besser verkraftbar.

Dass die Wirtschaft in Europa aber im Jahr 2006 wieder mehr an Dynamik gewinnen könnte, geht aus den Einschätzungen von professionellen Konjunktur-

beobachtern hervor (s. Tabelle). Im Vergleich zu den Prognosen im Herbst 2005 stehen die aktuellen Werte für die Einschätzungen zur Entwicklung in Euroland im laufenden Jahr auf durchweg höherem Niveau. Eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung ist aktuell auch aus einigen Frühindikatoren herauszulesen. Beispielsweise sind die Konjunkturerwartungen für die Eurozone der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten seit Jahresbeginn kräftig gestiegen und deuten mit einem momentanen Niveau von 66 Prozentpunkten darauf hin, dass der europäischen Konjunktur auf Sicht des nächsten halben Jahres eine Expansion bevorstehen könnte. Auch der Stimmungsindikator der europäischen Kommission für die Wirtschaft der Eurozone steigt seit Jahresbeginn kontinuierlich.

Neben den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen wird vor allem erwartet, dass die Investitionstätigkeit in Europa spürbar zur Konjunkturbelebung beiträgt. Die Investitionen werden durch niedrige Zinsen und optimistische Aktienmärkte beflügelt. Weiterhin dürfte ein eher mäßiger Inflationsdruck dafür sorgen, dass das Zinsniveau in absehbarer

Zeit günstig bleiben wird. Beispielsweise geben die im Januar von der Europäischen Zentralbank befragten professionellen Prognostiker als Gründe für ihre moderaten Einschätzungen zur Inflationsentwicklung eine stabile Ölpreisentwicklung, eine moderate Lohnentwicklung sowie eine solide Wachstumsdynamik an.

Der private Verbrauch bleibt mit seiner erwarteten Expansionsrate sowohl im laufenden als auch im nächsten Jahr hinter der Dynamik der gesamten Bruttowertschöpfung zurück. Es ist nach wie vor das hohe Sparniveau der privaten Haushalte, welches die Binnennachfrage drückt. Offensichtliche Spargründe sind dabei unter anderem der Aufbau von privaten Rücklagen angesichts zu erwartender Überlastungen der öffentlichen Rentenkassen sowie die breit diskutierte mangelnde Tragfähigkeit öffentlicher Haushalte in den großen europäischen Staaten. Angesichts dieser Motive dürfte mehr als eine absehbare konjunkturelle Aufwärtsbewegung erforderlich sein, um wieder anhaltendes Vertrauen der Haushalte herzustellen.

Marcus Kappler, kappler@zew.de

	EWU		Italien		Spanien		Belgien		Österreich		Irland	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
BIP, real	2,1	2,0	1,3	1,2	3,2	3,0	1,8	-	2,4	2,0	5,0	-
Privater Verbrauch	1,7	1,9	1,2	1,1	3,7	3,2	1,4	-	1,8	2,0	5,8	-
Investitionen	2,9	2,3	2,1	1,8	6,3	5,9	3,3	-	2,7	2,4	3,4	-
Exporte	6,9	5,8	3,2	2,7	2,8	4,0	4,1	-	6,5	5,7	4,8	-
Importe	6,6	6,0	3,0	2,9	7,3	6,5	4,2	-	5,3	5,2	4,7	-
Verbraucherpreise	2,0	1,8	2,2	2,0	3,0	2,7	2,4	-	1,9	1,9	2,5	-
Arbeitslosenquote	8,4	8,1	7,5	7,4	8,7	8,7	8,5	8,4	5,8	5,7	4,2	4,2
Beschäftigung	1,1	1,2	0,7	0,6	3,5	3,2	0,5	0,8	0,5	0,8	2,6	2,5

	Niederlande		Frankreich		Finnland		Portugal		Griechenland		nachrichtlich GB	
	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007	2006	2007
BIP, real	2,5	-	2,0	1,8	4,1	2,7	0,8	1,2	3,2	-	2,3	2,7
Privater Verbrauch	-2,0	-	2,1	2,1	2,7	2,6	1,0	1,5	3,1	-	2,0	2,2
Investitionen	8,25	-	2,9	2,6	4,5	5,1	0,3	2,3	3,6	-	3,9	4,1
Exporte	7,0	-	5,0	4,1	6,8	3,3	4,7	4,6	5,4	-	4,7	6,0
Importe	7,0	-	4,7	4,4	4,0	4,6	3,0	4,1	4,2	-	4,8	5,2
Verbraucherpreise	1,0	-	1,5	1,5	1,6	1,8	2,7	2,2	3,2	-	2,1	2,0
Arbeitslosenquote	5,9	5,0	9,6	9,0	7,9	7,3	7,8	7,7	10,5	10,3	5,1	5,6
Beschäftigung	1,0	1,5	0,6	0,9	0,5	0,3	0,5	0,8	1,1	1,3	0,3	0,3

Quellen: Alle: Arbeitslosenquote und Beschäftigung: OECD, Paris. EWU: European Forecasting Network, Winter 2005 Report. Österreich: Wifo, Wien. Spanien: La Caixa, Barcelona. Belgien: IRES, Louvain-la-Neuve. Niederlande: CPB, Den Haag. Finnland: ETLA, Helsinki. Frankreich: BNP Paribas, Paris. Irland: ESRI, Dublin. Italien: Confindustria, Rom. Portugal: Europäische Kommission, Brüssel. Griechenland: National Bank of Greece, Athen. GB: NIESR, London.  
Stand: 22.02.2006

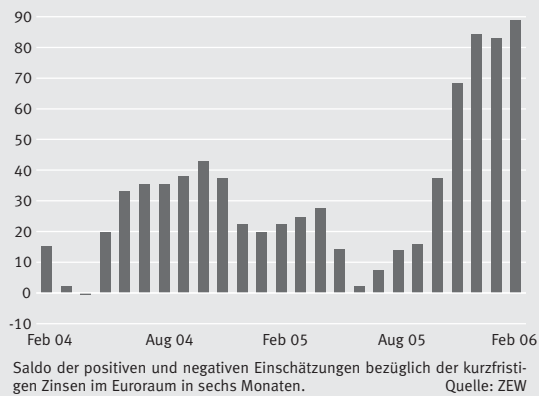
## ZEW-FINANZMARKTTTEST

# Ergebnisse der Märzumfrage 2006

Im ZEW-Finanzmarkttest werden jeden Monat ca. 350 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Erwartungen bezüglich wichtiger internatio-

naler Finanzmarktdaten befragt. Die gesamten Ergebnisse der Umfrage vom 23.01.06 – 13.02.06 werden im aktuellen ZEW Finanzmarktreport (Redaktionsschluss 17.02.06) veröffentlicht.

## Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

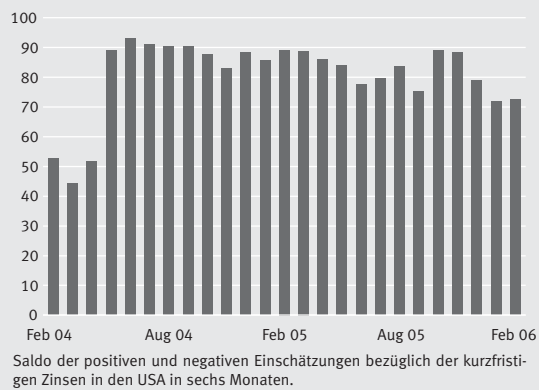


## EZB: Zinserhöhung steht bevor

Die Zahl der befragten Finanzmarktexperten, die eine Zinserhöhung erwarten, nimmt in diesem Monat deutlich zu. Nunmehr 88,7 v.H. aller Befragten gehen davon aus, dass die EZB die Zinsen ein weiteres Mal erhöhen wird. In der Tat deuten monetäre Indikatoren darauf hin, dass eine restriktivere Geldpolitik nötig sein wird, um die Inflationsrisiken einzudämmen. Risikofaktoren sind die reichlich vorhandene Liquidität und der nach wie vor hohe Ölpreis. Wie im Moment in Deutschland zu beobachten, kann dies dazu führen, dass Gewerkschaften einen entsprechenden Lohnausgleich fordern. Solche Lohnsteigerungen können ihrerseits weitere Preiserhöhungen nach sich ziehen. Daneben gewinnt die konjunkturelle Erholung im Euroraum an Breite, sodass eine Zinserhöhung den beginnenden Aufschwung nicht hemmen dürfte.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

## Erwartungen bezüglich kurzfristiger Zinsen

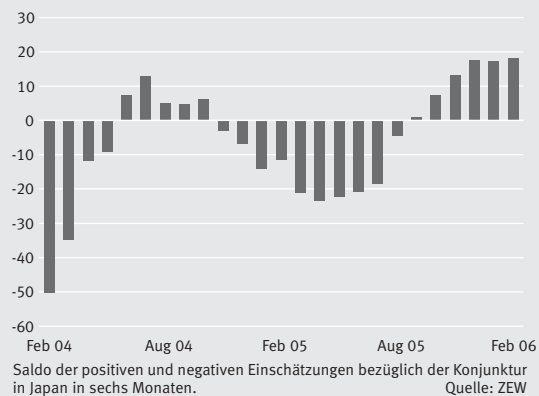


## USA: Zinserhöhung erwartet

Nach der jüngsten Zinserhöhung der US-Notenbank gehen die Finanzexperten nach wie vor von weiteren Zinserhöhungen aus. Der Grund ist die weiterhin robuste Konjunktur der amerikanischen Volkswirtschaft. Auch wenn das Wirtschaftswachstum im vierten Quartal des vergangenen Jahres unterhalb der Erwartungen lag, ist die US-Wirtschaft weiterhin auf Grund einer hohen Kapazitätsauslastung und der positiven Entwicklung des US-Arbeitsmarkts einem hohen Preisdruck ausgesetzt. Im vergangenen Monat ist die Arbeitslosenquote weiter gesunken. Die zunehmende Verknappung von Arbeitskräften hat zu einem weiteren Anstieg der Stundenlöhne geführt. Diese Lohnerhöhungen können zu einem erneuten Anstieg der Inflationsrate beitragen. Die Erwartungen, dass die kurzfristigen Zinsen weiter steigen, haben sich deshalb in diesem Monat wieder verstärkt.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

## Erwartungen bezüglich Konjunkturlage



## Japan: Konjunkturlage leicht verbessert

Die konjunkturelle Lage der japanischen Volkswirtschaft wird in diesem Monat besser eingeschätzt. Der Aufschwung ist breit angelegt und wird von der Investitionstätigkeit japanischer Unternehmen getragen. Diese haben im vergangenen Quartal mit positiven Ergebnissen überzeugt. Mittlerweile ist der Konsum zu einer tragenden Säule des Aufschwungs geworden. Dazu haben höhere Löhne und der Anstieg der Börsenkurse beigetragen. Inzwischen sind japanische Kleinanleger wieder verstärkt am inländischen Aktienmarkt tätig. Sie haben in den vergangenen Monaten von beträchtlichen Kursgewinnen japanischer Aktien profitiert und so ihre Vermögenssituation stark verbessert. Darüber hinaus scheint das Ende der Deflation in greifbarer Nähe. Im vergangenen Monat sind die Verbraucherpreise zum zweiten Mal in Folge angestiegen.

Matthias Köhler, koehler@zew.de

## DIENSTLEISTER DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

# Konjunkturelle Stabilisierung und erstmals positive Beschäftigungseffekte

Die Dienstleister der Informationsgesellschaft haben das Jahr 2005 mit einer günstigen Geschäftsentwicklung abgeschlossen. Erstmals sind auch positive Effekte für den Arbeitsmarkt zu beobachten. Beide Teilindikatoren des ZEW-IDI, die Beurteilung der Geschäftslage und die Beurteilung der Geschäftserwartungen, haben im vierten Quartal 2005 einen Wert von jeweils 70,7 Punkten erreicht. Somit liegt auch der ZEW-IDI, als arithmetisches Mittel dieser Werte, bei 70,7 Punkten. Der Stimmungsindikator für den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft verfehlt somit den historischen Höchststand des Vorquartals nur um 1,3 Punkte.

Erstmals seit der Berechnung des ZEW-IDI hat der Teilindikator für die Geschäftserwartungen keinen höheren Wert als der Indikator, der die Bewertung der aktuellen Lage wiedergibt. Aufgrund des hohen Niveaus, auf dem sich die beiden Teilindikatoren befinden, ist dies jedoch nicht als Anzeichen einer weniger dynamischen Geschäftsentwicklung im Jahr 2006 zu werten. Vielmehr deutet das hohe Niveau der Teilindikatoren auf eine Stabilisierung der positiven Konjunktur im Wirtschaftszweig hin.

Die seit einem Jahr anhaltende konjunkturelle Belebung im Wirtschaftszweig zeigte im vierten Quartal 2005 erstmals positive Effekte für den Arbeitsmarkt. Im Branchendurchschnitt haben im Schlussquartal 2005 mehr Unternehmen Personal eingestellt als die Anzahl ihrer Beschäftigten verringert. Dieser Saldo ist zum ersten Mal seit der Fokussierung der Umfrage auf den Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft im Frühjahr 2002 positiv.

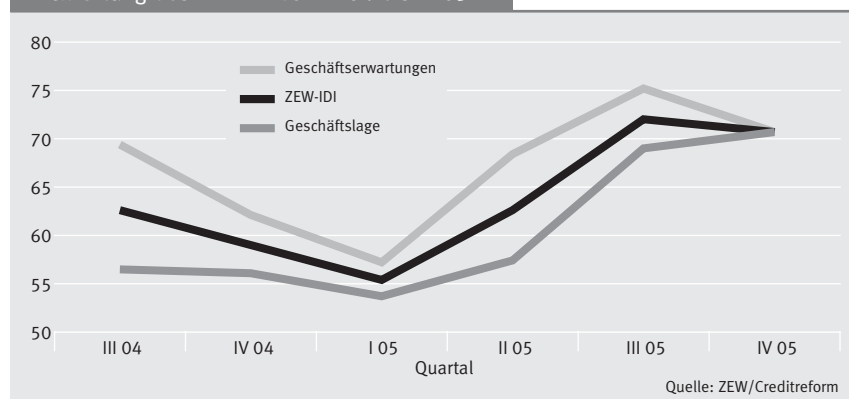
Dies ist Ergebnis einer Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im November und Dezember 2005 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern

(Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmens-

und Wirtschaftsprüfung war im vierten Quartal 2005 wiederum dynamischer als in den übrigen Branchen des Wirtschaftszweigs. Jeweils mehr als zwei Drittel der Unternehmen in diesen beiden Branchen melden eine im Vergleich zum dritten Quartal 2005 gestiegene Nachfrage. Sie weisen den höchsten Anteil an Unternehmen auf, die im vierten Quartal 2005 ihren Umsatz steigern konnten.

Durch die Belebung am Bau, die unter anderem durch die Abschaffung der Eigenheimzulage zum 1. Januar 2006 gefördert wurde, haben die Architekten

Entwicklung des ZEW-IDI von III 04 bis IV 05



beratung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

Zu der Belebung am Arbeitsmarkt trugen vor allem die Branchen Telekommunikationsdienstleistungen, Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung sowie Unternehmensberatung bei. Im IKT-Handel und bei den Architekten halten sich die Unternehmen, die neue Mitarbeiter eingestellt haben, und solche, die Personal entlassen haben, in etwa die Waage. In den übrigen Branchen des Wirtschaftszweigs ist dieser Saldo weiterhin negativ. Die konjunkturelle Entwicklung in den Branchen Telekommunikationsdienstleistungen sowie Steuerberatung

im vierten Quartal 2005, wie bereits im vorangegangenen Quartal, eine positive Geschäftsentwicklung erlebt. Der Saldo aus positiven und negativen Nachfragemeldungen ist um etwa 15 Punkte gestiegen. Knapp die Hälfte der Architekten erzielte im vierten Quartal einen höheren Umsatz als im Vorquartal. Im IKT-Handel erreichte der Saldo aus positiver und negativer Umsatzentwicklung im vierten Quartal 2005 erstmals wieder das Niveau des zweiten Quartals 2004. Die Unternehmen dieser Branche geben sich sehr optimistisch, was die Entwicklung von Umsatz, Ertrag und Nachfrage im ersten Quartal 2006 betrifft.

Margit Vanberg, vanberg@zew.de

# Reformpolitik und die Entwicklung der öffentlichen Haushalte

Europäische Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Italien stehen vor einer doppelten Herausforderung. Einerseits müssen übermäßige öffentliche Defizite reduziert werden, andererseits sind Reformen der Arbeitsmärkte, Steuer- und Sozialversicherungssysteme unabdingbar für eine Steigerung des Potenzialwachstums. Angesichts dieser doppelten Aufgabenstellung ist ein Grundverständnis für mögliche Wechselbeziehungen zwischen solchen Reformen und der Entwicklung des öffentlichen Budgetdefizits unverzichtbar. Im neu reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt gehören Struktur-reformen zu den Tatbeständen, die eine temporäre Abweichung des Defizits von der mittelfristigen Zielmarke rechtfertigen können. Die sinnvolle Anwendung des reformierten Stabilitätspakts setzt somit voraus, dass bekannt ist, bei welcher Art von Reformen es typischerweise überhaupt zu Konflikten mit dem Konsolidierungsziel kommen kann.

Dass institutionelle Reformen, die auf eine Bewältigung der demographischen Herausforderung und eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zielen, auf Dauer die öffentlichen Budgets entlasten, ist unstrittig. Weniger klar ist hingegen, wie es um die kurzfristigen Konsequenzen solcher Reformen für die öffentlichen Haushalte bestellt ist. In der Literatur (z.B. Deroose und Turrini, 2005;

gaben. Ein direkter (kurzfristig) negativer Effekt für die Staatseinnahmen stellt sich bei der Einführung einer kapitalgedeckten Säule im Kontext einer Rentenreform ein. Beiträge in die kapitalgedeckte Säule von Rentensystemen werden gemäß den Regeln der europäischen Statistik nicht mehr als Einnahmen des staatlichen Sektors verbucht.

Neben diesen direkten Reformfolgen

mag es überlegenswert sein, derartige Veränderungen durch eine expansive Fiskalpolitik zu begleiten. Weitere indirekte Effekte können sich aus kurzfristig wirksamen Erwartungs- und Wachstumseffekten ergeben. In dem Maße, in dem Reformen den Optimismus von Konsumenten oder Unternehmen beflügeln, können sich – noch bevor sich die langfristig angebotsseitigen Effekte von Reformen einstellen – kurzfristige Wachstumseffekte ergeben, die dann auch auf die Budgetentwicklung durchschlagen würden. Angesichts solch widerstreitender Argumente ist die Empirie zur Bestimmung der tatsächlichen Beziehungen zwischen Defizitentwicklung und Reformen gefragt.

## Quantifizierung von Reformen

Zur Quantifizierung von Struktur-reformen werden hier Indikatoren benutzt, die von Helbling et al. (2004) für 20 OECD-Staaten zusammengetragen wurden und den Zeitraum von 1975 bis – je nach Reformfeld – 2002 abbilden. Diese Indikatoren beziffern die Regulierungsin-tensität auf den jeweiligen nationalen Arbeits-, Finanz- und Produktmärkten und stellen für das Steuersystem eine Indikatorvariable für die Ineffizienzen des Steuersystems dar. Der Arbeitsmarkt-indikator beinhaltet beispielsweise In-formationen zum Kündigungsschutz, zu den Lohnersatzraten bei Arbeitslosigkeit und zur Zahldauer der Arbeitslosen-unterstützung. Der Indikator zum Steuer-system stellt vor allem ab auf die Höhe der maximalen Grenzsteuersätze und das Verhältnis zwischen direkter und in-direkter Besteuerung. Diese Indikatoren können nun herangezogen werden, um auf Basis ihrer Veränderung zu bestim-men, ob es zu Reformen gekommen ist. Der kritische Wert, ab dem im Folgenden von einer „Reform“ gesprochen wird, wird dabei so bestimmt, dass zehn Pro-zent aller Beobachtungen abgedeckt werden. Diese Vorgehensweise impliziert, dass nur vergleichsweise ausgeprägte

Tabelle 1: Budgetäre Situation im Vorfeld von Reformen

Koeffizient Reformdummy (Standardfehler) in Gleichung (1)				
	Arbeitsmarktreform	Finanzmarktreform	Steuerreform	Produktmarktreform
Staatlicher Primärsaldo in v.H. BIP	-0,25 (0,51)	0,46 (0,40)	0,80 (0,45)*	0,54 (0,45)
Struktureller Primärsaldo in v.H. BIP	-0,09 (0,44)	0,14 (0,36)	1,33 (0,41)***	0,81 (0,39)**
Staatsausgaben in v.H. BIP	0,60 (0,51)	-0,23 (0,41)	0,57 (0,46)	0,22 (0,44)
Sozialtransfers in v.H. BIP	0,46 (0,28)*	-0,16 (0,22)	0,48 (0,023)***	0,13 (0,23)
Staatliche Einnahmen in v.H. BIP	0,35 (0,46)	-0,02 (0,38)	1,79 (0,41)***	0,33 (0,41)

\*/\*\*/\*\*\*: Signifikanzniveau 10 v.H./5 v.H./1 v.H. Datenbeschreibung siehe Text Quelle: Eigene Berechnungen

Heinemann, 2006) werden –je nach Reformkontext – ganz verschiedene Aspekte zum kurzfristigen Zusammenhang zwischen Reformen und Budgetpolitik genannt. Ganz offensichtlich gibt es direkte budgetäre Konsequenzen von Reformen etwa im Bereich der Steuer- oder Sozialpolitik. Die Absenkung von Steuersätzen geht ohne Gegenfinanzierung zwangsläufig mit Einnahmeverlusten einher. Umgekehrt verringert eine Arbeitsmarktreform, in deren Verlauf zur Steigerung der Arbeitsanreize Transfers abgesenkt werden, direkt die Staatsaus-

werden die öffentlichen Budgets aber möglicherweise indirekt betroffen. So ist denkbar, dass sich manche Reformen nur durchsetzen lassen, wenn Kompensationen für negativ betroffene Wählergruppen vorgenommen werden. Ein im Kontext von Arbeitsmarkt-reformen oft benutztes Argument fußt auf Überlegungen zur nachfrageseitigen Flankierung von Reformen. Wenn bestimmte Reformen – beispielsweise die Lockerung des Kündigungsschutzes – typischerweise nur in einer konjunkturellen Aufwärtsbewegung Früchte zeigen, dann

Deregulierungsschritte als Reform betrachtet werden.

## Öffentliche Haushalte im Vorfeld von Reformen

In einem ersten Test wird nun die typische Verfassung der öffentlichen Haushalte im Vorfeld von ausgeprägten Reformen betrachtet. Auch dazu gibt es unterschiedliche theoretische Überlegungen. Im Einklang mit der so genannten Krisenhypothese, wonach Reformen dann wahrscheinlicher werden, wenn die ökonomischen Daten eine krisenhafte Entwicklung signalisieren, wären im Vorfeld von Reformen hohe Defizite zu erwarten. Dagegen sprechen einige der oben diskutierten direkten und indirekten Reformeffekte: Wenn bestimmte Reformen kurzfristig Geld kosten, wären niedrige Defizite Voraussetzung für die Finanzierbarkeit von Reformen.

Die typische fiskalische Situation in Reformperioden vorausgehenden Jahren lässt sich über den folgenden Test im Panel der OECD-Staaten überprüfen.

$$(1) Y = X\beta + \gamma \text{Reformdummy} + \varepsilon$$

Y ist dabei die zu untersuchende Fiskalvariable (z.B. Primärsaldo des Staates), X eine Matrix mit einem vollständigen Satz von Länder- und Periodendummies. Durch diese Dummies werden länderspezifische (z.B. schwache fiskalische Institutionen) und zeitspezifische Effekte (z.B. weltwirtschaftliche Schwankungen) herausgefiltert. Reformdummy ist gleich 1 in den zwei Jahren, die einer Reform vorangehen, und gleich 0 in den anderen Jahren. Je nach Vorzeichen und

Signifikanz des Koeffizienten g kann somit festgestellt werden, ob die betrachtete Variable im Vorfeld von Reformen Besonderheiten aufweist. Im Ergebnis zeigt sich (siehe Tabelle 1) bei den öffentlichen Defiziten, dass diese typischerweise im Vorfeld von Steuer- und Produktmarktreformen geringer als üblich sind. Auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte gibt es zwar keine Auffälligkeiten im Hinblick auf die Höhe der Ausgaben insgesamt, allerdings sind die Sozialausgaben typischerweise vor Arbeitsmarkt- und Produktmarktreformen erhöht, was als Hinweis auf vorbereitende kompensatorische Maßnahmen für Reformverlierer gewertet werden könnte. Auf der Einnahmeseite gibt es nur vor Steuerreformen eine signifikante Auffälligkeit, nämlich dass sich die Einnahmesituation überdurchschnittlich positiv darstellt. Offenbar ist also eine gute Kassenlage Voraussetzung dafür, dass eine die Effizienz verbessernde Steuerreform durchgeführt werden kann.

Wichtig für die Anwendung des reformierten Stabilitätspaktes wird die Einschätzung sein, welche Reformen in ihrem Verlauf tatsächlich zunächst budgetäre Probleme mit sich bringen könnten. Eine Varianzanalyse für die Mittelwerte fiskalischer Indikatoren vor, während und nach Reformen kann hier erste Einsichten erbringen. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung des öffentlichen Budgetsaldos im Verlaufe von Reformzyklen in den betrachteten 20 OECD-Staaten im Zeitraum 1975 bis 2000. Dabei werden vor und nach einem Reformjahr jeweils zwei Jahre mit in die Betrachtung einbezogen. „Mittlere Jahre“, die zwischen

zwei Reformperioden liegen, werden dabei nicht berücksichtigt.

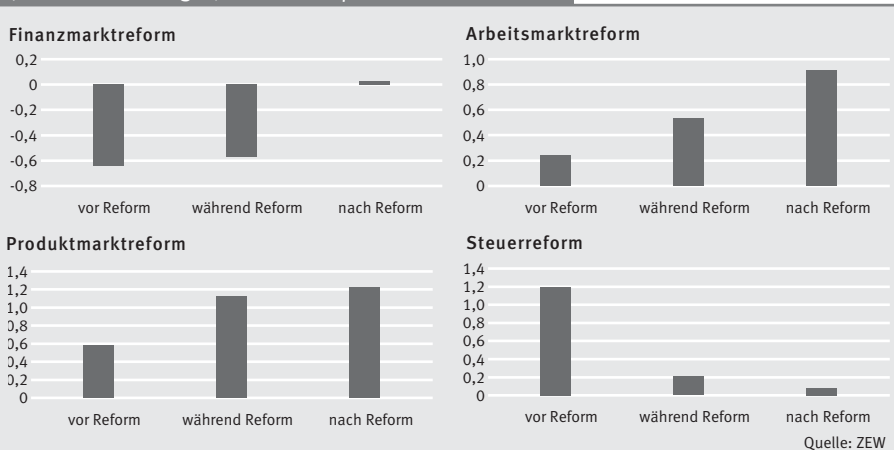
Es zeigt sich, dass es weder bei einer Deregulierung der Finanzmärkte, der Arbeitsmärkte oder der Produktmärkte typischerweise zu einer Verschlechterung des primären (d.h. um die Zinsen bereinigten) Budgetsaldos kommt. Anders stellt sich das Bild im Falle von Steuerreformen dar: Diese sind eher mit einer Verschlechterung des Budgetsaldos verbunden, hier schlagen offenbar die direkten negativen Folgen der Reform (Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen) stärker durch als mögliche positive Folgen, die sich etwa aufgrund eines beschleunigten Wirtschaftswachstums ergeben dürften.

## Schlussfolgerung

Insgesamt deuten diese Resultate und weitere am ZEW vorgenommene, modellgestützte empirische Analysen darauf hin, dass es keinen ausgeprägten kurzfristigen Konflikt zwischen budgetärer Konsolidierung und Strukturreformen gibt. Vielmehr deuten die Erfahrungen der OECD-Staaten in den zurückliegenden Jahrzehnten eher darauf hin, dass Konsolidierungs- und Reformziele selbst in kurzer Frist vereinbar sind. Eine Ausnahme stellen am ehesten Steuerreformen dar, die naturgemäß zunächst zu budgetären Belastungen führen können. Insbesondere die Erfahrung, dass eine gute öffentliche Kassenlage Vorbedingung für effizienzsteigernde Steuerreformen in den Industrieländern ist, unterstreicht aber die Wichtigkeit der Budgetkonsolidierung, um in Zukunft überhaupt solche Reformen zu ermöglichen. In diesem Sinne ist die konsequente Anwendung des europäischen Stabilität- und Wachstumspaktes auch deshalb geboten, um die zukünftige Reformfähigkeit der EU-Mitgliedstaaten auf fiskalischem Gebiet sicher zu stellen.

Dr. Friedrich Heinemann,  
heinemann@zew.de

Abbildung 1: Strukturelle und öffentliche Budgetsalden (ohne Zinszahlungen) in v.H. des potenziellen BIP



## Literaturangaben

- Deroose, Servaas and Alessandro Turrini (2005): The Short-term Budgetary Implications of Structural Reforms. Evidence from a Panel of EU Countries, CEPR Discussion Paper No. 5217.
- Heinemann, Friedrich (2006): The Drivers of Deregulation in the Era of Globalization, forthcoming in: Peter Bernholz and Roland Vaubel, Political Competition and Economic Regulation.
- Helbling, Thomas, Dalia Hakura, and Xavier Debrun (2004): Fostering Structural Reforms in Industrial Countries, in: World Economic Outlook 2004, chapter III, 103-146.

# Erlauben Tarifverträge eine Anpassung an betriebliche Gewinne?

Das deutsche Lohnbildungssystem ist in den letzten Jahren verstärkt in den Mittelpunkt der Kritik geraten. Vor allem das System flächen- und branchenübergreifender Tarifverträge muss sich der Kritik aussetzen, eine Anpassung von Löhnen an betriebspezifische Erfordernisse zu behindern. Zunehmende Verbandsflucht von Arbeitgebern sowie die Einführung von Öffnungsklauseln und Härtefallregelungen in Verbandstarife stellen eine Reaktion auf den Vorwurf von mangelnder Flexibilität des Systems dar. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen geht die vorliegende Studie der Frage nach, welche Rolle die Tarifbindung für die Anpassung von Löhnen an die betriebliche Gewinnsituation spielt.

## Zur Bedeutung von Tarifverträgen für die betriebliche Lohnbildung

Das deutsche Lohnbildungssystem war bis in die 1990er Jahre durch die Dominanz flächen- und branchenübergreifender Tarifverträge charakterisiert. In den letzten 15 Jahren ist jedoch eine zunehmende Dezentralisierungstendenz der Lohnbildung zu beobachten, die im Wesentlichen auf drei Ursachen zurückgeführt werden kann: Erstens existieren neben Branchen- und Flächentarifen ebenfalls Firmentarifverträge, die zwischen Gewerkschaften und einzelnen Unternehmen abgeschlossen werden. Diese Form der Tarifbindung war bis Mitte der 1990er Jahre insbesondere in den neuen Bundesländern von Bedeutung (siehe Abb. 1).

Zweitens gelten Tarifverträge lediglich für tarifgebundene Unternehmen und Arbeitnehmer. Treten Arbeitgeber aus ihrem Arbeitgeberverband aus und schließen zudem keinen Firmentarifvertrag ab, sind diese nicht gezwungen, nach Tarif zu entlohnen, sofern der für die betreffende Branche geltende Tarifvertrag nicht für allgemein verbindlich erklärt worden ist. Eine tarifliche Entlohnung kann in der Regel nur in denjenigen verbandsfreien Unternehmen von den Gewerkschaften erzwungen werden, deren Belegschaft in hinreichendem Maße gewerkschaftlich organisiert ist. Abbildung 1 zeigt, dass der Anteil flächen- und firmentarifgebundener Betriebe zugunsten des Anteils nicht-tarifgebundener Betriebe in der Gesamtwirtschaft abgenommen hat. So fiel der Anteil flächentarifgebundener Betriebe zwischen 1996 und

2002 in Westdeutschland von 48,7 v.H. auf 44 v.H. und in Ostdeutschland von 27,6 v.H. auf 22 v.H. Der Anteil firmentarifgebundener Betriebe fiel in Westdeutschland von 10,2 v.H. auf 2,4 v.H. und in Ostdeutschland von 14,9 v.H. auf 4,2 v.H.

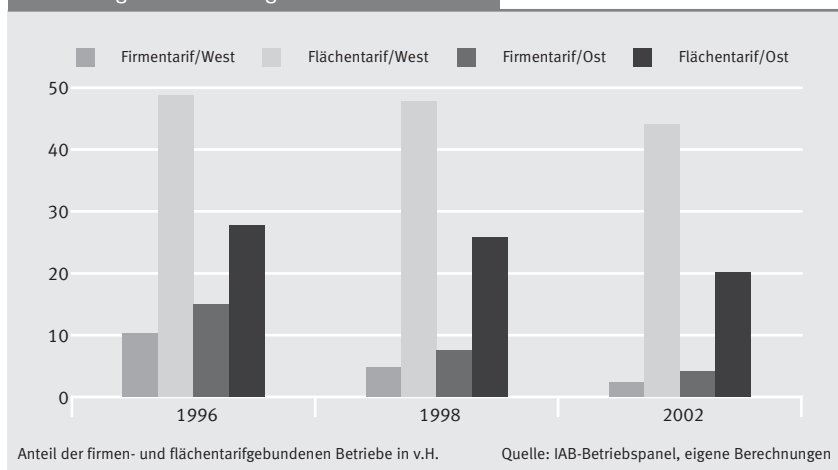
Drittens lässt sich selbst innerhalb des Systems von Flächentarifen eine zunehmende Flexibilisierung durch die Aufnahme von Öffnungsklauseln, Härtefallregelungen, Entgeltkorridoren sowie

abweichen. So lässt sich empirisch die Existenz einer nicht unerheblichen Lohnspanne, also einer übertariflichen Entlohnung, nachweisen. Angesichts dieser zunehmenden Dezentralisierungstendenzen stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß die betriebliche Gewinnsituation die Lohnbildung beeinflusst und welche Rolle Tarifverträge hierbei einnehmen.

## Zur Messung von Löhnen und betrieblichen Gewinnen

Die Datenbasis für die vorliegende Untersuchung bildet der Linked-Employer-Employee Datensatz (LIAB) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg für das Verarbeitende Gewerbe und den Bergbau. Dieser Datensatz verbindet Daten des IAB-Betriebspanels mit Individualdaten aus

Abbildung 1: Anteil tarifgebundener Betriebe



von Einstiegstarifen für Arbeitslose in Flächentarife beobachten. Diese so genannte „regulierte“ Form der Dezentralisierung soll ermöglichen, Löhne auch innerhalb des Systems zentralisierter Verhandlungen an betriebspezifische Erfordernisse anpassen zu können. Des Weiteren können flächentarifgebundene Unternehmen gemäß dem so genannten Günstigkeitsprinzip von tarifvertraglichen Regelungen ohnehin nach oben

der Beschäftigtenstatistik. Da die Beschäftigtenstatistik auf Meldungen seitens der Arbeitgeber an die Sozialversicherungsträger basiert, bietet diese äußerst verlässliche Informationen zu individuellen Löhnen bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Die Angaben zu den individuellen Arbeitnehmern können mit Informationen zu den jeweiligen Arbeitgebern auf Basis des IAB-Betriebspanels verknüpft werden. So bietet das IAB-B-



triebspanel insbesondere Informationen darüber, ob in einem Betrieb ein Flächen- oder Firmentarifvertrag Gültigkeit besitzt. Da die Betriebsdaten keine expliziten Angaben zu betriebspezifischen Gewinnen enthalten, wird für die ökonomische Untersuchung ein empirisches Hilfskonstrukt verwendet. Konkret wird die betriebliche Gewinnsituation durch die Pro-Kopf-Differenz zwischen der Bruttowertschöpfung (Umsatz abzüglich Vorleistungen) und der Lohnsumme auf Basis des sektoralen Durchschnittslohns approximiert. Diese so genannte „Quasi-Rente“ berechnet, in welchem Ausmaß die erwirtschaftete Produktionsleistung diejenigen Lohnkosten übersteigt, die einem Betrieb bei Zahlung von sektoralen Durchschnittslöhnen entstehen würden, und liefert insofern einen Anhaltspunkt über das Ausmaß des Verteilungsspielraums zwischen einzelnen Betrieben und ihren Arbeitnehmern.

### Regressionsergebnisse

Für die empirische Untersuchung werden Paneldaten über den Zeitraum 1995-2002 verwendet. Um die Bedeutung der betriebspezifischen Gewinnsituation für die Löhne individueller Arbeitnehmer zu quantifizieren, wird eine Regression der individuellen Löhne auf das oben erläuterte Gewinnmaß geschätzt. Als zusätzliche erklärende Variablen gehen in die Regressionsgleichung weitere betriebspezifische Einflussfaktoren, wie etwa die Betriebsgröße und die Kapitalintensität, sowie individuelle Merkmale, wie das Alter, Geschlecht und die Qualifikation ein. Die Berücksichtigung dieser Charakteristika ist wichtig, da diese im Allgemeinen mit der Gewinnsituation hoch korreliert sind. So sind sehr profitable Betriebe in der Regel überdurchschnittlich große und kapitalintensive Betriebe, die ohnehin höhere Löhne zahlen. Darüber hinaus lässt sich beobachten, dass sehr profitable Betriebe einen überdurchschnittlich hohen Anteil hoch qualifizierter Arbeitnehmer aufweisen. Würden diese Charakteristika in der Regression nicht berücksichtigt, führte dies zu einer systematischen Überschätzung des Einflusses der Gewinnsituation auf die Löhne. Spalte (1) in Tabelle 1 weist die Ergeb-

nisse einer einfachen Kleinstquadrat-Schätzung (OLS) aus. Die Schätzung berücksichtigt, dass der Einfluss der Gewinnsituation je nach Tarifbindung unterschiedlich ausfallen kann. Entsprechend werden die Koeffizienten für Arbeitnehmer in nicht-tarifgebundenen, firmentarifgebundenen und flächentarifgebundenen Betrieben getrennt ausgewiesen. Die Ergebnisse zeigen, dass der Einfluss der betrieblichen Gewinnsituation auf die Löhne in nicht-tarifgebunde-

mentarifgebundenen Betrieben feststellen, während die betriebspezifische Gewinnsituation unter Flächentarifen keinen positiven Einfluss mehr auf die Löhne hat.

### Fazit

Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung deuten insgesamt daraufhin, dass in nicht-tarifgebundenen und firmentarifgebundenen Betrieben eine

Abbildung 2: Einfluss der betrieblichen Gewinnsituation auf individuelle Löhne

#### Abhängige Variable: Logarithmierter individueller Tageslohn in DM

	(1) OLS in Niveaus	(2) OLS in Differenzen
Quasi-Rente pro Arbeitnehmer in nicht-tarifgebundenen Betrieben	0,097*** (7,18)	0,014*** (4,32)
Quasi-Rente pro Arbeitnehmer in firmentarifgebundenen Betrieben	0,089*** (7,35)	0,013*** (3,24)
Quasi-Rente pro Arbeitnehmer in flächentarifgebundenen Betrieben	0,024*** (4,76)	0,002 (0,63)
Individuen	333045	333045
Betriebe	821	821
Beobachtungen	1305705	971057

\*\*\* signifikant zum 1v.H.-Niveau, \*\* signifikant zum 5v.H.-Niveau

Quelle: LIAB 1995-2002. Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau. t-Statistiken in Klammern. Die Regressionen enthalten als weitere betriebspezifische erklärende Variablen die Betriebsgröße, die Kapitalintensität, die Existenz eines Betriebsrates, die Anwendung eines Flächen- oder Firmentarifvertrages, die Sektorzugehörigkeit sowie eine Ost-West-Dummyvariable. Darüber hinaus sind individuelle Variablen (Alter, Geschlecht, Nationalität, Betriebszugehörigkeit und die Qualifikation) sowie Jahres-Dummyvariablen enthalten.

nen Betrieben am höchsten, in flächentarifgebundenen Betrieben hingegen am geringsten ausfällt.

Zu beachten ist, dass der Koeffizient in flächentarifgebundenen Betrieben signifikant von Null verschieden ist, obwohl die Punktschätzung insgesamt sehr gering ausfällt. Spalte (2) schließlich weist die Ergebnisse einer Kleinstquadrat-Schätzung in Differenzen aus. Mit der Differenzenbildung können unbeobachtete zeitkonstante Einflussfaktoren, wie unbeobachtete Qualifikationen der betrachteten Arbeitnehmer herausgefiltert werden. Die Ergebnisse dieser Schätzung deuten darauf hin, dass bei Berücksichtigung dieser unbeobachteten Eigenschaften der Arbeitnehmer die Effekte allesamt geringer ausfallen. Dies spiegelt wider, dass Arbeitnehmer mit unbeobachteter hoher Qualität vor allem in überdurchschnittlich profitablen Betrieben beschäftigt sind. Ein positiver Einfluss der betriebspezifischen Renten auf die Löhne lässt sich jetzt nur noch in nicht-tarifgebundenen und fir-

positive Anpassung von Löhnen an betriebspezifische Renten stattfindet, nicht aber in flächentarifgebundenen Betrieben. Dies legt den Schluss nahe, dass in den betrachteten Branchen die Nutzung von Öffnungsklauseln und Härtefallregelungen in Flächentarifen zur Anpassung der Löhne an die betriebspezifische Gewinnsituation von geringer empirischer Relevanz ist. Des Weiteren weisen die Ergebnisse daraufhin, dass selbst die Möglichkeit einer übertariflichen Entlohnung unter Flächentarifen nicht dazu führt, dass Arbeitnehmer in überdurchschnittlich profitablen Unternehmen höher entlohnt werden. Während Flächentarife somit ein Hemmnis für Lohnsenkungen in weniger prosperierenden Unternehmen darstellen, profitieren im Gegenzug überdurchschnittlich profitable Unternehmen von flächendeckenden Tarifverträgen, da diese eine übermäßige Partizipation der Arbeitnehmer an den Unternehmensgewinnen verhindern.

Dr. Nicole Gürtzgen, [guertzgen@zew.de](mailto:guertzgen@zew.de)

# Regionen im Standortwettbewerb: Steuerbelastung von Unternehmen

*Die Steuerbelastung von Unternehmen spielt im internationalen Standortwettbewerb eine entscheidende Rolle. Steuern für Unternehmen werden auf Gewinne und Kapital erhoben und beeinflussen Standortentscheidungen. Zudem stehen Unternehmen international im Wettbewerb um hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Um im Wettbewerb bestehen zu können, müssen Unternehmen deren Steuern und Abgaben kompensieren. Unterschiede in der Steuerbelastung stellen somit einen Kostenfaktor für die Unternehmen da. Eine aktuelle Studie des ZEW zeigt, wie beide Elemente die Attraktivität einer Region als Investitionsstandort für Unternehmen beeinflussen, unter besonderer Berücksichtigung einiger Schweizer Kantone.*

In diesem Kontext berechnet das ZEW im Auftrag des «IBC BAK International Benchmark Club»® alle zwei Jahre den IBC Taxation Index. Dieser beinhaltet Indikatoren der steuerlichen Attraktivität für Investitionen und für den Einsatz Hochqualifizierter. Die Indikatoren dieses Indexes werden als Effektivsteuersätze bezeichnet, die die Steuerbelastung anhand eines typisierten Investitionsprojekts und einer typisierten hoch qualifizierten Arbeitskraft modellhaft für die einzelnen Regionen Europas und den USA ausweisen. Der IBC Taxation Index wird regelmäßig aktualisiert, um Veränderungen in den effektiven Steuerbelastungen von Unternehmen und beim Einsatz von hoch qualifizierten Arbeits-

kräften Rechnung zu tragen. Der aktuelle IBC Taxation Index 2005 umfasst die Effektivbelastungen in 68 Regionen in 20 Ländern.

Die Messung der Steuerbelastung von Unternehmen beruht auf dem Ansatz von Devereux/Griffith (1999, vgl. Kasten). Die Berechnung effektiver Steuerbelastungen erfolgt anhand modellhafter Berechnungen der Steuerbelastung eines hypothetischen, standardisierten Investitionsprojekts einer Kapitalgesellschaft bestehend aus 5 Wirtschaftsgütern (Maschine, Betriebsgebäude, Patent, Vorräte, festverzinsliche Finanzanlage). Als Finanzierungsquellen der Investition werden zu jeweils einem Drittel einbehaltene Gewinne, neues Beteiligungskapital so-

## Die Berechnung effektiver Steuerbelastungen von Unternehmen nach Devereux/Griffith

Die EATR zeigt die Steuerbelastung einer rentablen Investition. Die EATR ist definiert als Differenz des Kapitalwerts vor Steuern  $R^*$  eines Investitionsprojekts und des Kapitalwerts nach Steuern  $R$  des Investitionsprojekts bezogen auf den Barwert  $E = p/(1+r)$  des Einkommensstroms, wobei  $p$  die exogen vorgegebene reale Projektrendite und  $r$  den realen Marktzinssatz darstellen:

$$EATR = \frac{R^* - R}{E}$$

Der Vorsteuerkapitalwert der Investition  $R^*$  berechnet sich bei exogen gegebener realer Projektrendite  $p$  als

$$R^* = \frac{p - r}{1 + r}$$

Der Kapitalwert nach Steuern  $R$  einer Investition, die mit einbehaltenen Gewinnen finanziert wird, beträgt

$$R = -\gamma \cdot (1 - A) \cdot (1 - z) + \frac{\gamma}{1 + \rho} \cdot [(p + \delta) \cdot (1 + \pi) \cdot (1 - \tau) + (1 - \delta) \cdot (1 + \pi) \cdot (1 - A)] \cdot (1 - z),$$

wobei  $\tau$  den kombinierten Ertragsteuersatz auf Unternehmensebene darstellt,  $\delta$  die jährliche Rate der wirtschaftlichen Abnutzung und  $A$  den Barwert der Steuerersparnis durch die steuerliche Abschreibung abbildet. Die Inflationsrate  $\pi$  wird ebenfalls berücksichtigt. Der Faktor  $\gamma$  bildet die Einkommensbesteue-

rung der Ausschüttung ab; ohne deren Berücksichtigung gilt  $\gamma = 1$ . Der Diskontfaktor  $\rho$  bildet die Rendite einer risikolosen Anlage des Investors am Kapitalmarkt ab.

Bei Annahme anderer Finanzierungswege als der Selbstfinanzierung der Investition müssen die Auswirkungen auf den Kapitalwert nach Steuern  $R$  entsprechend zusätzlich berücksichtigt werden. Gleiches gilt bei grenzüberschreitenden Finanzierungen. Für jede Kombination aus Investitionen und Finanzierungen lassen sich Kapitalwerte und zugehörige Effektivbelastungen berechnen. Je nach Gewichtung der einzelnen Investitionen und Finanzierungen werden die separat berechneten Effektivbelastungen zu einer Gesamtbelastung zusammengefasst.

## ZEW Simulationsmodell HR Tax Analyser

Im Simulationsmodell werden die Beschäftigungskosten  $E^*$  des Arbeitgebers berechnet, welche notwendig sind, um der hoch qualifizierten Arbeitskraft das geforderte verfügbare Einkommen nach Steuern zu gewähren (vgl. Elschner/Schwager, 2004). Hierzu wird das Gehalt des Arbeitnehmers anhand der jeweils geltenden steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Regelungen veranlagt. Die effektive Durchschnittssteuerbelastung  $EATR$  drückt aus, wie viel mehr der Arbeitgeber in der jeweiligen Region zusätzlich zum (fixen) verfügbaren Einkommen  $E$  des Arbeitnehmers für die Vergütung aufzuwenden hat.

Sie berechnet sich als

$$EATR = \frac{E^* - E}{E^*}$$

Zu den auf den Arbeitgeber überwälzten Steuern sowie von ihm selbst in Zusammenhang mit der Beschäftigung zu zahlenden Steuern zählen in diesem Zusammenhang alle Einkommensteuern inklusive Zuschlägen, Staats- und Gemeindesteuern sowie Lohnsummensteuern. Sozialversicherungsbeiträge werden insoweit als Abgabe einbezogen, als sie für den Arbeitnehmer keinen Versicherungs- sondern Steuercharakter besitzen. Der Abgabenanteil bei der gesetzlichen Rentenversicherung wird beispielsweise isoliert, indem Rentenansprüche auf Grundlage der gesetzlichen Rentenformeln berechnet und den Beitragszahlungen gegenübergestellt werden.

Im Modell wird berücksichtigt, dass hoch qualifizierte Arbeitnehmer in der Regel neben der Barvergütung weitere Gehaltsbestandteile erhalten. Abgebildet werden können im Modell geldwerte Vorteile, langfristige Anreize und Beiträge zur Altersvorsorge. Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung sowie langfristige Anreize führen erst in späteren Zeitpunkten zu Einkommenszufluss und werden im internationalen Vergleich zu unterschiedlichen Zeitpunkten steuerpflichtig. Das Modell trägt diesem Umstand explizit Rechnung und bezieht auch spätere Zahlungszeitpunkte in die Belastungsgröße mit ein.

wie Fremdkapital von Dritten berücksichtigt. Für die Quantifizierung der Steuer- und Abgabenbelastung auf den Einsatz hoch qualifizierter Arbeitskräfte wird das ZEW Simulationsmodell HR Tax Analyser herangezogen. Dabei werden die Kosten des Arbeitgebers am jeweiligen Standort ermittelt, die notwendig sind, um einem hoch qualifizierten Arbeitnehmer ein bestimmtes Einkommen nach Steuern gewähren zu können (vgl. Kasten).

Die Grafik vergleicht die beiden Steuerbelastungskennziffern. Darin ist die effektive Steuerbelastung für ausgewählte Standorte jeweils als Index relativ zum Durchschnitt dargestellt. Der vertikale/horizontale Abstand zwischen einer Ausprägung und der Achse zeigt, wie viel niedriger/höher die effektive Steuerlast dieses Ortes verglichen mit dem Durchschnitt im Fall der Unternehmen (vertikale Achse) und im Fall der Besteuerung des Einsatzes hoch qualifizierter Arbeitskräfte (horizontale Achse) ist.

Insgesamt lassen sich die Ergebnisse folgendermaßen zusammenfassen:

- Die kontinentaleuropäischen Länder weisen insgesamt gesehen moderate bis hohe Steuerbelastungen bei beiden Indikatoren auf. Mit Ausnahme Irlands bei der Unternehmensbesteuerung und Österreichs bei Hochqualifizierten ist die Steuerlast in diesen Ländern weit oberhalb der Schweizer Kantone. Mit Blick auf die Steuerbelastung von Investitionen sind insbesondere Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich Hochsteuerstandorte.
- Die Schweizer Kantone sind in beiden Indikatoren sehr gut positioniert. Investitionen von Unternehmen und der Einsatz von hoch qualifizierten Arbeitskräften werden aus steuerlicher Sicht attraktiv behandelt.
- Osteuropäische Staaten weisen ein mit den Schweizer Kantonen bezüglich der Unternehmensbesteuerung wettbewerbsfähiges niedriges Steuerniveau auf. Die Besteuerung von hoch qualifizierten Arbeitnehmern fällt jedoch sehr unterschiedlich aus.
- Die skandinavischen Staaten zeigen eine geringe Steuerbelastung bei der Unternehmenssteuer, aber eine sehr hohe Steuerbelastung beim Einsatz hoch qualifizierter Arbeitnehmer. Hier zeigt sich deutlich der Effekt der dort praktizierten dualen Einkommen-

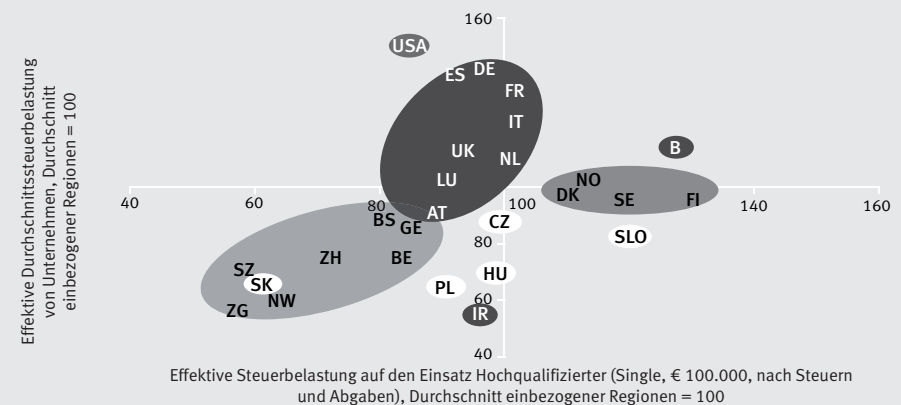
steuer, bei welcher der Faktor Kapital niedrig und der Faktor Arbeit höher besteuert werden.

- Die USA besteuern gegensätzlich zu den skandinavischen Staaten. Unternehmen werden auf hohem Niveau besteuert. Dagegen ist die Steuerbe-

te gesenkt. In Westeuropa sticht Österreich mit einer Senkung um 9 Prozentpunkte hervor.

Bei der Besteuerung des Einsatzes von hoch qualifizierten Arbeitskräften gab es Reformen in der Slowakei, Deutschland und Italien. Die Slowakei

### Effektive Steuerbelastungen von Unternehmen und auf den Einsatz Hochqualifizierter Arbeitskräfte



\* Daten für 2005

BE = Kanton Bern, BS = Kanton Basel-Stadt, NW = Kanton Nidwalden, SZ = Kanton Schwyz, ZG = Kanton Zug, AT = Österreich, B = Belgien, CZ = Tschechien, DE = Deutschland, DK = Dänemark, ES = Spanien, FI = Finnland, FR = Frankreich, HU = Ungarn, IR = Irland, IT = Italien, LU = Luxemburg, NL = Niederlande, PL = Polen, SE = Schweden, SK = Slowakei, SLO = Slowenien, UK = Vereinigtes Königreich, USA = Vereinigte Staaten.

Lesehilfe: In den Vereinigten Staaten ist die effektive Steuerbelastung von Unternehmen am höchsten, während die Steuerbelastung auf Hochqualifizierte geringer ist als der Durchschnitt.

Quelle: ZEW

lastung bei den Hochqualifizierten auf einem moderaten Niveau.

Es kann regelmäßig von einem komparativen Verhältnis des Einsatzes von Kapital und hoch qualifizierter Arbeit ausgegangen werden, wenn auch das Verhältnis sicherlich zwischen Unternehmen und Branche schwankt. Vor diesem Hintergrund ist eine gleichzeitige Berücksichtigung beider Dimensionen der Steuerpolitik sinnvoll. Die Schweizer Kantone erfüllen diese Zielsetzung aktuell am Besten. Andererseits kann es auch sinnvoll sein, durch die Fokussierung auf nur einen Produktionsfaktor Branchen mit entsprechend hoher Relevanz dieses Produktionsfaktors anzuziehen. Vor diesem Hintergrund ist beispielsweise die Strategie Irlands oder der skandinavischen Staaten zu erklären, die insbesondere Kapital ein steuerlich attraktives Umfeld bieten.

Anhand des zeitlichen Vergleichs mit den Ergebnissen des IBC Taxation Index 2003 wird zudem ein deutlicher Trend zu sinkenden Steuerbelastungen bei beiden Indikatoren deutlich. Bei der Unternehmensbesteuerung gab es grundlegende Reformen. So haben im Jahr 2004 Polen und die Slowakei die Steuersätze bei der Einkommensbesteuerung der Unternehmen um 8 bzw. 6 Prozentpunk-

hat eine so genannte flat rate mit 19 v.H. eingeführt, die einen progressiven Steuertarif ersetzt. Deutschland und Italien haben ihre Spitzensteuersätze um 6,5 bzw. 6 Prozentpunkte gesenkt.

Mit Ausblick auf weitere angekündigte Steuersenkungen und Reformdiskussionen in europäischen Staaten ist mit weiter sinkenden Steuerbelastungen zu rechnen, insbesondere im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung. So planen beispielsweise die Niederlande und Tschechien weitere Steuersenkungen. Auch in Deutschland wird über eine Unternehmenssteuerreform mit dem Ziel konkurrenzfähiger effektiver Steuerbelastungen diskutiert. Daher ist in naher Zukunft mit weiteren deutlichen Rangfolgeverschiebungen mit Blick auf die effektive Steuerbelastung zu rechnen.

Christina Elschner, [elschner@zew.de](mailto:elschner@zew.de)

Michael Overesch, [overesch@zew.de](mailto:overesch@zew.de)

#### Studie

- Eichler, M., C. Elschner und M. Overesch (2005), IBC Taxation Index 2005 – Effective Tax Burden of Companies and on Highly Qualified Manpower, Basel und Mannheim.

#### Literaturangaben

- Devereux, M.P. und R. Griffith (1999), The Taxation of Discrete Investment Choices, IFS Working Paper Series No. W98/16 (Revision 2).
- Elschner, C. und R. Schwager (2004), A Simulation Method to Measure the Tax Burden on Highly Skilled Manpower, ZEW Discussion Paper 04-59.

# Die Kommunikationspolitik der EZB

*Die Kommunikationspolitik ist ein wichtiges Element der Tätigkeit moderner Zentralbanken. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat durch ihre Verständigung mit der Öffentlichkeit dafür gesorgt, dass ihre geldpolitische Strategie verstanden wird und ihre Zinsentscheidungen prognostizierbar sind. Nicht zuletzt sorgt eine Kommunikationspolitik als Teil der Transparenz dafür, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank einen Rückhalt in der Öffentlichkeit findet.*

Die Europäische Zentralbank verfolgt nach ihren Verlautbarungen keine Strategie der direkten Inflationssteuerung (*inflation targeting*). Mit *inflation targeting* wird eine geldpolitische Strategie bezeichnet, die ohne ein explizites Zwischenziel unmittelbar versucht, über die mittlere Frist ein öffentlich genanntes Inflationsziel zu erreichen. Eine wesentliche Komponente der direkten Inflationssteuerung ist die Kommunikationspolitik. Ohne ein der Inflation vorlaufendes Zwischenziel vergleicht die Zentralbank ihre Inflationsprognose mit dem Inflationsziel, wobei die Reaktion auf Abweichungen sorgfältiger Erläuterungen bedarf. Auch die Annahmen, die der Erstellung der Inflationsprognose zugrunde liegen, erfordern eine eingehende Darstellung bei ihrer Publikation. Mit der Festlegung einer Definition von Preisniveaustabilität von unter, aber nahe zwei Prozent über die mittlere Frist weist die Strategie der EZB starke Ähnlichkeiten mit dieser Vorgehensweise auf. Hinzu kommt, dass die EZB als eine neu gegründete Zentralbank unter genauer Beobachtung der Öffentlichkeit steht. Vor allem zu Beginn ihrer Tätigkeit war sie gezwungen, ihre Strategie ausführlich zu

erläutern. Dadurch wurde es den Wirtschaftsakteuren ermöglicht, zu lernen, wie die EZB auf bestimmte wirtschaftliche Entwicklungen reagiert.

Diese Kommunikationspolitik beinhaltet zwei wesentliche Elemente. Das erste Element ist die Erläuterung von Zinsentscheidungen, das zweite Element die Erklärung der geldpolitischen Strategie. Dabei ist es wichtig, dass die kommunizierten Ansichten mit den Entscheidungen übereinstimmen. Bei der EZB geben die Präsidenten der nationalen Zentralbanken und die Mitglieder des Direktoriums Erläuterungen im Rahmen von öffentlichen Auftritten und im Gespräch mit der Presse ab, die einen möglichst übereinstimmenden Standpunkt im Hinblick auf die Geldpolitik kommunizieren sollen.

Von der EZB wird ein hohes Maß an Transparenz gefordert. Dies bedeutet die Bereitstellung aussagefähiger Daten, zumal diese erst durch ihre Interpretation zu Informationen werden. Gefordert sind also eher Offenheit und Klarheit. Die Kommunikationspolitik der EZB kann den Wirtschaftsakteuren helfen, die geldpolitischen Entscheidungen zu bewerten und zukünftige geldpolitische Reaktion auf wirtschaftliche Entwicklungen zu antizipieren. Kommunikation beinhaltet dabei immer das Problem, dass die Aussage des Senders, in dem Fall der Zentralbank, vom Empfänger, der Öffentlichkeit, interpretiert werden muss. Bestimmte Stichwörter, die in Äußerungen zu geldpolitischen Entscheidungen seitens der Zentralbank immer wieder verwendet werden, ermöglichen eine stabile Kommunikation. Die Veränderung bestimmter Phrasen oder ihr Wegfallen in Äußerungen ruft dementsprechend star-

ke Reaktionen in der Presse hervor. Die Befragung von 284 Experten, die im Februar 2006 im Rahmen des ZEW Finanzmarkttests durchgeführt wurde, relativiert allerdings die Bedeutung von Schlagwörtern. Nur knapp 25 Prozent geben bestimmte Wörter oder Wortgruppen als zu beachtende Schlagworte an. Die beiden hauptsächlichsten Nennungen bezogen sich auf Inflation/ Preisniveaustabilität und den Begriff der Wachsamkeit. Wichtig ist daher nicht nur eine zeitlich konsistente Sprache, sondern vor allem die Möglichkeit, dass die Öffentlichkeit in der Lage ist, die Aussagen der EZB insgesamt zu bewerten.

Die Klarheit der EZB Kommunikation scheint recht ausgeprägt zu sein. So kommen verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Zinsentscheidungen der EZB durch die Finanzmärkte recht gut antizipiert werden können (Bernoth und von Hagen 2004). Es ist auch kein gravierender Unterschied der Vorhersagbarkeit von Zinsentscheidungen im Vergleich zur Federal Reserve oder der Bank of England erkennbar (Wilhelmsen und Zaghini 2005; Ehrmann and Fratzscher 2005). Auch die Finanzmarktexperten beurteilen die Kommunikation der EZB in ihrer Gesamtheit mehrheitlich als klar oder sehr klar. Die Kommunikationspolitik der EZB ist demnach als erfolgreich einzustufen.

*Dr. Katrin Ullrich, ullrich@zew.de*

## Literaturangaben

- Bernoth, K. und J. von Hagen (2004), The Euribor Futures Market: Efficiency and the Impact of ECB Policy Announcements, *International Finance* 7 (1): 1-24.
- Ehrmann, M. und M. Fratzscher (2005), Communication and Decision-Making by Central Bank Committees. Different Strategies, Same Effectiveness?, ECB Working Paper No. 488.
- Wilhelmsen, B.-R. und A. Zaghini (2005), The Importance of the Wording of the ECB, ECB Working Paper No. 504.

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW Wachstums- und Konjunkturanalysen, erscheint vierteljährlich.

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de  
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz (Präsident)

**Redaktion:** Marcus Kappler, Telefon 0621/1235-157, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: kappler@zew.de  
Dr. Friedrich Heinemann, Telefon 0621/1235-149, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: heinemann@zew.de  
Dr. Katrin Ullrich, Telefon 0621/1235-145, Telefax 0621/1235-223, E-Mail: ullrich@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2006